



FOTOS: MARCUS KAUFHOLD

Hessische Gymnasiastinnen Sirka und Dana mit Mutter Ellen Nieswiolek, Fünftklässler Leon Meister: „Sogar an den Wochenenden dreht sich

BILDUNG

## Diebstahl der Kindheit

Überstürzt und schlecht vorbereitet haben viele Bundesländer die Schulzeit zum Abitur auf zwölf Jahre verkürzt. Eltern, Lehrer und Schüler müssen die Fehler jetzt ausbaden.

Für einen Elfjährigen hat Leon Meister schon eine recht klare Vorstellung davon, wie sein Leben besser nicht aussehen sollte: „Wenn sich die Gedanken Tag und Nacht nur noch ums Pauken und um den Stundenplan drehen“, sagt der aufgeweckte Junge aus Taunusstein, „dann ist irgendwann jede Freude weg.“

Leider ist das genau die Art Leben, der sich der Schüler in der fünften Klasse seit knapp einem halben Jahr ausgesetzt sieht. Nach den Sommerferien kam er mit Neugierde, Vorfreude, einem Zeugnis voller Einsen und Zweien sowie einer klaren Gymnasialempfehlung seiner Lehrer von der Grundschule auf das Taunusstein-Gymnasium bei Wiesbaden – und ist seitdem „nicht mehr wiederzuerkennen“, sagt seine Mutter Katja Meister. Zuerst klagte Leon über Kopfschmerzen und Schlafprobleme, dann plagten ihn Alpträume über Lehrer, die ihn mal im Klassenraum einsperrten, mal von der Schule schmeißen wollten. Und schließlich hagelte es bei Klassenarbeiten Fünfer und Sechser.

Den Grund für den steilen Absturz sehen Mutter und Sohn nicht in der Schule, nicht bei den Lehrern, sondern in einer Reform, mit der die Kultusminister das durch Pisa-Tests international in Verruf geratene deut-

sche Schulsystem im Eiltempo wieder nach vorn katapultieren wollten. Weil deutsche Abiturienten und Universitätsabsolventen beim Start ins Berufsleben meist älter sind als anderswo, sollen sie den Schulabschluss künftig ein Jahr früher machen – wie es etwa in den ostdeutschen Ländern Sachsen und Thüringen schon lange üblich ist.

14 der 16 Bundesländer haben die Standardausbildungszeit bis zum Abitur mittlerweile auf zwölf Schuljahre gekappt – Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wollen vom nächsten Schuljahr an nachziehen. Nach der meist vierjährigen Grundschule soll den Gymnasiasten der Lehrstoff zur Hochschulreife nicht mehr in neun, sondern in nur noch acht Jahren eingetrichtert werden – ohne auf Unterrichtsinhalte zu verzichten, wie etwa Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) noch in ihrer Zeit als baden-württembergische Kultusministerin versprach.

Doch der bildungspolitische Großversuch, im Politikerjargon „G8“ genannt, hat in weiten Teilen der Republik genervte bis wütende Eltern, Lehrer und Schüler hinterlassen. Denn die Kultusminister haben es weitgehend versäumt, die ohnehin schon überfüllten Lehrpläne kräftig zu ent-rümpeln oder wenigstens die Oberstufe,

also die letzten drei Jahre vor dem Abitur, in die Schulzeitverkürzung einzubeziehen. Stattdessen schrumpften sie einfach per Gesetz die einst sechsjährige Unter- und Mittelstufe der Gymnasien auf fünf Jahre zusammen. Der gleiche Stoff, der bisher in den Schuljahren fünf bis zehn vermittelt wurde, muss jetzt schon bis zum Ende der Neunten gelernt sein.

Die Folge: Von der fünften Klasse an gibt es nun deutlich mehr Stunden – und mehr Nachmittagsunterricht. Auf bis zu 36 Wochenstunden schwillt etwa der Unterricht in Bayern an, bis zu 35 sind es in Hessen oder Baden-Württemberg. Inklusive Hausaufgaben und Klassenarbeitsvorbereitungen hätten die Kinder inzwischen „eine 45- bis 50-Stundenwoche“ zu absolvieren, hat eine baden-württembergische Elterninitiative kürzlich ausgerechnet – „mehr als jeder Tarifvertrag in Deutschland zulässt“. Den Schülern würden durch den G-8-Stress „wichtige Jahre ihrer Kindheit und Jugend gestohlen“.

Auch in Bayern berichten Eltern- und Lehrerverbände von völlig überforderten Kindern, die keine Zeit mehr für Sport oder Spiel hätten. Bei einer Umfrage der Landes-Eltern-Vereinigung an 114 Gymnasien gaben 75 Prozent der Eltern an, das Lernpensum ihrer Kinder belaste den Familienalltag immens. In Hamburg ergab eine Stichprobe an zwei Gymnasien, dass 40 Prozent der Siebt- und Achtklässler unter Stresssymptomen wie Bauchschmerzen, Ess- oder Schlafstörungen litten. Und im Saarland, das zu den ersten westdeutschen G-8-Ländern gehörte, schlugen jetzt die Kinderärzte Alarm: Die Arbeitsbelastung, der die Schüler unter anderem durch das Turbo-Abitur ausgesetzt seien, habe



alles nur noch ums Thema Schule“

„längst Erwachsenen-Niveau erreicht“, beklagt Klaus Kühn vom saarländischen Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte: Deren Praxen würden „zur Reparaturwerkstatt einer krankmachenden Schule“.

Mehr als zehn Stunden am Tag, sagt der elfjährige Leon, müsse er im Schnitt für die Schule aufwenden, inklusive Hausaufgaben und Vokabellernen. Und im nächsten Schuljahr werde es sicher mehr – denn dann kommt die zweite Fremdsprache hinzu. Das Angebot, in der Theater AG, dem Aushängeschild des Taunusstein-Gymnasiums, mitzuwirken, musste er kürzlich ablehnen: „Ich schaff das sonst einfach nicht.“

Gerade für die Jüngsten hat die Reform mitunter groteske Folgen. Weil für die Fä-

chervielfalt an langen Schultagen auch große Mengen Bücher und Unterrichtsmaterial mitgeschleppt werden müssen, ziehen etwa baden-württembergische Fünftklässler auf dem Weg zum Klassenraum gelegentlich schon dicke Rollkoffer hinter sich her, berichten entsetzte Eltern. „Die kann man oft kaum noch heben“, sagt auch die elfjährige Dana aus der sechsten Klasse des Taunusstein-Gymnasiums mit Blick auf ihre Schultasche. Bis zu neun Kilo haben sie und ihre Zwillingsschwester Sirka jeweils schon auf dem Rücken in die Schule gewuchtet – etwa wenn neben den Büchern auch noch die Sportsachen, eine Wasserflasche und ein Mittagsimbiss im Ranzen Platz finden mussten.

Ellen Nieswiodek, die Mutter der Zwillinge, macht sich Sorgen um ihre Töchter: „Wir müssen jetzt jeden Tag zusammen lernen, oft genug bis acht Uhr abends“, sagt sie: „Sogar an den Wochenenden dreht sich alles nur noch ums Thema Schule.“ Zeit für Treffen mit Freundinnen hätten sie vielleicht noch einmal alle zwei Wochen, erzählen die Schwestern. Ihre beiden älteren Brüder konnten das Abitur noch nach 13 Jahren absolvieren. „Da war das alles viel entspannter und kindgerechter“, urteilt Nieswiodek. Der Druck in Unter- und Mittelstufe dürfte künftig auch manchen abhalten, anschließend ein Auslandsjahr als Austauschschüler zu wagen.

Heillos überfordert scheinen angesichts der verschärften Bedingungen vor allem jene Schüler, deren Eltern voll berufstätig sind – und denen die Zeit fehlt, ihren Kindern bei den oft überzogen anspruchsvollen Hausaufgaben zu helfen. „Einer berufstätigen Mutter kann man nur empfehlen“, resümiert eine Betroffene aus Niedersachsen ihre Erfahrungen bitter, „das Kind nicht auf ein Gymnasium zu geben.“

Im Fall der Familie Nieswiodek legte der Englischlehrer der Mutter kürzlich nahe, zusätzlich noch einen professionellen

Nachhilfelehrer für eine ihrer Zwillingstöchter zu engagieren. „Wir denken darüber nach, obwohl es noch mal 130 oder 150 Euro im Monat kostet“, sagt Ellen Nieswiodek: „Ich möchte nur wissen, was Familien machen, die dafür kein Geld mehr haben.“

Teure Nachhilfe-Institute sind die großen Profiteure der Reform. Im Saarland sei die Zahl der vom Ministerium akkreditierten privaten Einrichtungen seit der Umstellung im Jahr 2001 etwa um ein Viertel gestiegen, rechnet Klaus Kessler von der Lehrer-Gewerkschaft GEW vor. Und in Baden-Württemberg, wo die Schulzeitverkürzung seit 2004 landesweit gilt, habe sich seitdem die Zahl der Fünft- und Sechstklässler, die in Nachhilfe-Instituten pauken, etwa verdreifacht, sagt Marion Steinbach vom Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagsschulen.

Mit ihrer Nachhilfe-Empfehlung geben Lehrer aber oft nur den Druck weiter, der auf ihnen selbst lastet. Denn häufig wurden parallel zur Schulzeitverkürzung auch strengere Prüfungsrituale eingeführt – in Hessen etwa landesweite Vergleichsarbeiten und das zentrale Landesabitur. Die Folge: „Die Lehrer müssen jetzt gnadenlos den kompletten Lehrbuchstoff durchpeitschen, zum Wiederholen und Vertiefen bleibt keine Zeit mehr“, sagt Kerstin Geis, Vorsitzende des Landeselternbeirats: Schließlich könne jede Lücke genau die Themen betreffen, die später vom Ministerium im Abitur abgefragt werden.

„Uns fehlt jetzt im Unterricht die Übungszeit, die viele Schüler brauchen“, bestätigt Bruno Bodenheimer, der Direktor des Taunusstein-Gymnasiums, „besonders in einem Alter, in dem sie mit sich und ihrer Pubertät genug zu tun haben.“ In den Klassen fünf bis sieben werde nun in den Fremdsprachen „ein Grammatikkapitel nach dem nächsten durchgezogen“ – darunter leide „natürlich“ auch die Qualität des Unterrichts.

Für den Schulleiter war die G-8-Reform „eine unfreiwillige Einführung der Ganztagschule durch die Hintertür – aber ohne die Gymnasien wie Ganztagschulen auszustatten“. Häufig gebe es weder Räume noch Personal für eine Hausaufgabenbetreuung, geschweige denn ein pädagogisches Konzept und Fachkräfte für den Langzeit-Schulaufenthalt. „Es ist sogar schon schwierig, eine durchgehende Aufsicht für die Schüler zu organisieren, die jetzt so oft am Nachmittag hier sind“, sagt Bodenheimer. Viele hessische Gymnasien hätten nicht einmal die Möglichkeit, den Schülern ein Mittagessen anzubieten.

Wo die Schulbehörden versagen, bleibt den Eltern oft nur die Selbsthilfe: Im nordrhein-westfälischen Gymnasium Korschenbroich schmieren rund 150 Mütter und Väter in 22 Teams täglich Brötchen mit selbstgeschnitzeltem Möhren- und Paprikaaufstrich. Ein warmes Mittagmahl



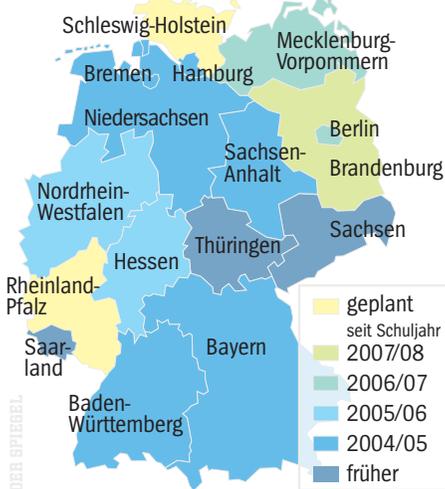
Schulkantine in Münchner Gymnasium: „Mit ehrenamtlicher Arbeit nicht zu schaffen“

gibt es nicht: „Das ist mit ehrenamtlicher Arbeit gar nicht zu schaffen“, sagt eine Mutter, die schon jetzt ohne Bezahlung „10 bis 15 Stunden pro Woche“ im Schulcafé hilft, Einsatzpläne schreibt oder Hygienekurse für die Verpflegungsteams organisiert.

Die Schulleitung überlegt nun, ob sie das G-8-Pensum künftig mit durchgehendem siebenstündigem Unterricht von 7.45 Uhr bis 14 Uhr an allen fünf Schulwochen-

## Abitur nach 12 Jahren

Beginn der flächendeckenden Einführung



tagen bewerkstelligen soll oder lieber mit langem Nachmittagsunterricht bis 15.30 Uhr an ausgesuchten Tagen. „Dann brauchen wir aber zweimal pro Woche echten Ganztagsunterricht einschließlich Mittagessen“, sagt Vizeschulleiter Wolfgang Lieser. Aber woher nehmen?

„Die meisten Schulen sind bei der G-8-Umstellung sträflich allein gelassen worden“, beklagt Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklung in Dortmund. Im Prestigewettlauf um die durchgreifendsten Bildungsreformen nach dem Pisa-Schock von 2001 hatten viele Landesregierungen enorm aufs Tempo gedrückt – und fahrlässig bei der Umsetzung geschluppt.

Bayerns Ex-Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) zum Beispiel überraschte zur Jahreswende 2004 sogar sein eigenes Kultusministerium mit dem Entschluss, die kürzere Schulzeit schnellstmöglich auch im Freistaat einzuführen. Außer am festen Willen des Regierungschefs mangelte es jedoch an fast allem. Als schon nach wenigen Monaten der erste G-8-Jahrgang starten musste, gab es noch nicht einmal passende Schulbücher. Drei Jahre sollte es dauern, bis alle Gymnasien wenigstens mit den nötigen Lehrmitteln ausgestattet waren.

Eine Entschlackung des Unterrichts hat jedoch bis heute kaum stattgefunden, was inzwischen auch Stoibers Amtsnachfolger kritisch anmerkte. Die Schüler müssten doch noch Zeit für Jugendarbeit und Ehrenamt haben, forderte Günther Beckstein

Ende November bei der Evangelischen Landessynode und kündigte eine neue Überprüfung der Lehrpläne an.

Im Nachzügler-Land Rheinland-Pfalz will Kultusministerin Doris Ahnen (SPD) aus den Fehlern lernen und die kürzere Schuldauer nur in solchen Gymnasien erlauben, die ein umfangreiches Ganztagskonzept vorlegen können – nicht nur mit der Möglichkeit zum Mittagessen, sondern auch mit „zusätzlicher Lernzeit zur gezielten Förderung, Zeit zum Üben und Vertiefen und für die Hausaufgaben“ sowie mit „Kreativ-, Sport- und Entspannungsphasen“ in der Schule.

Doch solche vorausschauenden Pläne sind die große Ausnahme in der deutschen Bildungslandschaft. Meist wird an G8 halberzig herumgedoktert – und auch das nur auf Druck. In Hessen etwa, wo Ende Januar gewählt wird, erreicht die Unzufriedenheit mit G8 und anderen Reformen der CDU-Kultusministerin Karin Wolff laut einer Umfrage inzwischen gefährliche 60 Prozent der Wähler. Nachdem der Landeselternbeirat zu einem landesweiten „Protesttag“ kurz vor der Wahl aufgerufen hatte, zeigte sich die Ministerin einsichtig: „Es muss jetzt gehandelt werden“, verkündete sie energisch.

Viel Greifbares folgte den starken Worten allerdings nicht: Die Kultusminister der Länder sollen auf Initiative Hessens erst mal „die Erfahrungen bei der Ein- und Durchführung des achtjährigen Gymnasiums auswerten“, so Wolff – dann werde man weitersehen.

Nicht wenige Eltern haben von solchen Scheinnachbesserungen inzwischen genug und orientieren sich um. „Das Kuriose ist“, sagt Bildungsforscher Rösner, „dass die konservativen Kultusminister durch die missratene G-8-Reform der einst in Verruf gekommenen Gesamtschule zu einer Renaissance verholfen haben.“ Der deutsche Gesamtschulverband meldet wieder steigende Anmeldezahlen etwa aus Hamburg oder Niedersachsen. In Nordrhein-Westfalen habe man zu Beginn des laufenden Schuljahres fast 17000 Schüler zurückweisen müssen, weil es zu wenig Gesamtschulplätze gebe, so der Verband.

Gesamtschüler haben für den Weg zum Abitur in der Regel nach wie vor neun Jahre Zeit – eine Alternative, die jetzt etwa auch der Taunussteiner Junggymnasiast Leon ins Auge fasst.

Eine passende Schule hat sich der Elfjährige sogar schon ausgesucht: Die Wiesbadener Helene-Lange-Gesamtschule, die gerade mit dem deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurde, auf individuell gestalteten, projektbezogenen Unterricht setzt und überdies beim Pisa-Leistungstest hervorragend abschnitt.

„Ich glaube“, sagt Leon, „dort könnte ich wieder Spaß am Lernen haben.“

MATTHIAS BARTSCH, ANDREA BRANDT, SIMONE KAISER, CONNY NEUMANN

KRIMINALITÄT

## Bankraub mit anderen Mitteln

Eine Bande von Russlanddeutschen drehte Einwanderern überteuerte Immobilien an. Ist die kreditgebende Sparkasse Opfer oder Mitwisser?

In ihrer Heimat am Ural hatten sie viel davon gehört, wie leicht sie es in Deutschland zu Besitz und Wohlstand bringen könnten. Doch was sie dann am neuen Ort erlebten, übertraf ihre kühnsten Erwartungen.

Da bekamen die Zuwanderer Oleg und Ludmila Esterlein ungefragt Besuch von einem russischen Landsmann. Ein Haus und eine Eigentumswohnung könnten sie schon bald besitzen, versprach er ihnen am Küchentisch. Eine prima Altersvorsorge, völlig risikofrei und ganz ohne Eigenkapital. Sie müssten sich nur schnell entscheiden – denn er habe da gerade eine Bank an der Hand, die alles finanziere.

Dass die beiden Russlanddeutschen als Lagerarbeiter im westfälischen Unna zusammen nur circa 2200 Euro netto verdienen, sei kein Hindernis, betonte der Vermittler. „Etwas komisch kam uns das erst schon vor“, sagt Ludmila Esterlein, 35, „aber es stand ja eine richtige Sparkasse dahinter.“

Die richtige Sparkasse, die dahinterstand, ist die Sparkasse Menden im Sauerland. Und die hat jetzt ein Problem. Denn neben den Esterleins haben mehr als hundert russische und polnische Immigranten auf die Einflüsterungen von Landsleuten gehört – und nahmen Immobilienkredite



Ehepaar Esterlein, finanziertes Eigenheim „Fall für den Staatsanwalt“